

Staatlich garantierte Gewinne für Pharma und Apotheken

Endlich wurden die amtlichen Preise für einige medizinische Hilfsmittel etwas gesenkt. Doch Lobbyisten haben erreicht, dass das zuständige Bundesamt Blutzucker-Teststreifen wieder verteuerte. **Text: Vera Bueller**

Da beklagt sich doch tatsächlich ein Apotheker aus dem Berner Jura darüber, dass er plötzlich mehr verdienen darf als bisher! Denn statt 81 Franken kann er seit dem 1. Juli Fr. 87.60 für Blutzucker-Teststreifen verlangen und somit mehr Gewinn erzielen. Das passt dem Apotheker mit Blick auf die steigenden Kosten im Gesundheitswesen nicht. Dennoch will er seinen Namen nicht in den Medien lesen: «Sie können sich vorstellen, dass ich mit meiner gesunden Einstellung zu den Kosten auf Widerstand unter Berufskollegen stosse», gibt er zu bedenken. Der Mann befürchtet Repressalien, denn zu stark sei die Lobby aus Ärzten, Lieferanten und Berufskollegen.

Es geht um die Höchstvergütungsbeträge für medizinische Hilfsmittel. Die sind auf der sogenannten Mittel- und Gegenständeliste (MiGeL) des Bundes festgelegt (siehe «Der Markt spielt nicht»). Aus der Liste geht hervor, dass der Höchstpreis für Teststreifen bei Diabetes im Laufe der Jahre kontinuierlich gesenkt wurde, zuletzt per 1. Januar 2011 auf 81 Franken für 100 Stück. Diabetiker benötigen solche Teststreifen mehrmals am Tag, um ihren Blutzuckerspiegel zu kontrollieren. Eine teure Angelegenheit, die von der obligatorischen Krankenversicherung bezahlt wird.

Die Macht von Bayer und Roche

Zwei Pharmakonzerne beherrschen den Markt für diese Teststreifen: Bayer und Roche. Sie verkaufen 80 bis 90 Prozent aller Teststreifen für Blutzucker in der Schweiz. Als die Höchstvergütung für Teststreifen vor anderthalb Jahren nach unten korrigiert wurde, senkten Bayer und Roche ihre Preise für die Apotheken ebenfalls – aber nicht im gleichen Mass wie die amtlich festgelegten Preise.

Bayer begründete dies mit den hohen Weiterentwicklungskosten von Contour, ihrer Produktlinie für Diabetiker. Roche, deren Accu-Chek ebenfalls weit verbreitet ist, wollte keine Stellung nehmen und verwies auf den Branchenverband.



«Es gibt im Bundesamt für Gesundheit Abteilungen, die sich mit Unsinnigem beschäftigen.»

Toni Bortoluzzi, SVP-Nationalrat

Die Folge dieser Hochpreispolitik: Die Gewinnmarge für die Apotheker sackte auf rund fünf Prozent ab. «Wir brauchen jedoch vernünftige Margen, davon leben wir – gratis können wir nicht arbeiten», sagt Claus Hysek, Präsident des Vereins unabhängiger Apotheker. Er habe deshalb im Februar 2011 sämtliche Hersteller von Blutzucker-Teststreifen zu einem Gespräch am runden Tisch geladen, doch mit einer Ausnahme hätten alle abgesagt. Deshalb seien den Apothekern bloss zwei Möglichkeiten geblieben: «Entweder verrechnen wir dem Kunden einen Aufschlag, den er

Care unter dem Titel «Die halbe und die ganze Wahrheit» direkt an die Patienten – sie werden oft schon beim Bezug eines Messgeräts registriert. Den Diabetikern wurde mitgeteilt, dass der Grund für allfällige Zuschläge einzig bei den Apothekern und deren Margen zu suchen sei.

Das Schreiben gipfelte in der Empfehlung, die Teststreifen online direkt von Bayer oder einer Diabetesgesellschaft zu beziehen – zum MiGeL-Höchsttarif. Heute distanziert sich Bayer «von Einzelpassagen des Briefes», wie Kommunikationsleiterin Elke Neumann schreibt: «Der Ihnen vorliegende Brief stellt die Einzelmeinung eines Mitarbeitenden dar.» Apotheken seien für Bayer sehr wichtige Partner.

Der Brief verfehlte seine Wirkung allerdings nicht: Seit 1. Juli kosten die Teststreifen für die Krankenkassen wieder mehr, Fr. 87.60. Denn «aufgrund des unzumutbaren Zustands für uns Apotheker und die Patienten haben wir Anfang 2012 beim Bundesamt für Gesundheit einen Antrag für eine Preiserhöhung gestellt», gibt Claus

Firmen allgemein hätten so hohe Preise oder sie hätten die Preise nicht gesenkt. Diese Informationen sind nur zum Teil richtig oder ganz falsch. Die Firmen haben die Preise gesenkt. Vor allem aber fehlt die Begründung, die für Ihr weiteres Verhalten als Konsument wichtig ist: Es geht den Abgabestellen um die Marge. Das ist der Grund für die Zuzahlung, die Sie leisten müssen.

Die Stellungnahme von Bayer Diabetes Care

Wir betrachten uns als Ihr Partner im Bemühen, Ihren Zucker gut einzustellen, und geben uns grosse Mühe, Sie gut zu bedienen. Dazu gehören auch die Preise an den Zwischenhandel, die wir noch

Brief an Diabetiker: Bayer schiebt den Schwarzen Peter den Apothekern zu.

selber zahlen muss, oder wir schauen uns nach günstigeren Produkten um.» Alternativen zu jenen der Pharmariesen gibt es nämlich, mit gleicher Qualität und zu deutlich tieferen Preisen.

So entschloss sich der Apothekerverein, seine Kunden mit Handzetteln und Plakaten zum Kauf günstigerer Teststreifen und Messgeräte zu bewegen. Doch sie hatten die Macht von Bayer und Roche unterschätzt. Bayer wandte sich mit einem offiziellen Schreiben ihrer Abteilung Diabetes

Hysek unumwunden zu. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) wie die zuständige Fachkommission stimmten dem Antrag zu, weil die Patienten «nach der letzten Senkung des Höchstvergütungsbetrags beim Bezug von Blutzucker-Teststreifen eine Zuzahlung leisten mussten», begründet Michaela Kozelka vom BAG.

Der Apotheker aus dem Berner Jura kann es nicht fassen: «Es kann doch nicht sein, dass ein Interessenverband beim BAG vorstellig wird, die angeblich zu tiefen Prei-



Aufstand der Apotheker:
Sie streiten mit der
Pharmabranche um den
richtigen Preis - zulasten
der Krankenkassen.

se anprangert und das BAG die Preise einfach wieder erhöht. Das ist grotesk. Mit den günstigeren Modellen der Mitbewerber kann man nach wie vor eine tolle Marge erzielen.» Die viel zu teuren Teststreifen von Bayer und Roche brauche es nicht.

Dass es billiger geht, hat die Krankenkassenvereinigung Santésuisse bewiesen. Mit Herstellern wie DynamiCare oder AgeaCare handelte sie für Blutzucker-Teststreifen einen Preis von 45 Franken statt der erlaubten Fr. 87.60 aus. Gegen die MiGeL-Preiserhöhung werde sich Santésuisse überdies wehren, denn «dieser Entscheid entspricht nicht den gesetzlich vorgeschriebenen Wirtschaftlichkeitskriterien», sagt Santésuisse-Sprecherin Silvia Schütz.

Da werde ein völlig falsches Signal gesetzt, sagt die Aargauer CVP-Gesundheitspolitikerin Ruth Humbel. Die Nationalrätin hat schon 2004 parlamentarische Vorstösse zur MiGeL-Problematik eingereicht und Wettbewerbspreise verlangt: «Die beste Lösung sähe ich darin, dass das BAG nur die Pflichtleistungen festsetzt, die Preise aber von den Krankenversicherern mit den Abgabestellen ausgehandelt werden – wie bei Spitälern, Heimen oder der Spitex», ist sie überzeugt. Solange Preisobergrenzen fixiert würden, habe niemand ein Interesse daran, diese zu unterbieten: «Die Lieferanten haben ihren Preis, die Abgabestellen

wollen ihre Margen – den Patienten ist es egal, solange die Krankenkasse zahlt.»

So kommt es, dass 100 Blutzuckerstreifen aller Marken (mit einer Ausnahme) selbst auf dem Online-Portal der Schweizerischen Diabetes-Gesellschaft Fr. 87.60 kosten – auch jene von günstigeren Herstellern. Für Toni Bortoluzzi, Gesundheitspolitiker der SVP, liefert das Beispiel ein-

PREISE FÜR HILFSMITTEL

Der Markt spielt nicht

Die Mittel- und Gegenständeliste des Bundes (MiGeL) gibt Auskunft darüber, wie viel die obligatorische Krankenversicherung für medizinische Hilfsmittel wie Krücken, Injektionsmaterial oder Inhalationsgeräte vergüten muss.

Die Krux dabei: Es handelt sich bei den Angaben um Höchstpreise des Bundesamts für Gesundheit, und die Hersteller oder Händler von Medizinalprodukten orientieren sich an diesem festgelegten Maximalbetrag und nicht am Markt. Der Preis wird von einer 15-köpfigen Kommission ermittelt, der Vertreter des Gesundheits- und Versicherungswesens angehören sowie Hersteller, Experten und Ökonomen.

mal mehr den Beweis, dass der Markt bei staatlich festgelegten Preisen nicht spiele. «Hier wäre der Preisüberwacher stärker gefordert. Allerdings müsste er mehr Entscheidungskompetenzen haben, damit es nicht nur bei Empfehlungen bleibt.»

Preisüberwacher Stefan Meierhans hatte die «überfällige Senkung der Teststreifenbeträge vor anderthalb Jahren unterstützt», wie er betont, und kann die neuerliche Erhöhung «nicht verstehen». Er fordert seit langem die Überprüfung jeder Tarifposition alle drei Jahre auf der Basis eines internationalen Preisvergleichs.

Das Bundesamt braucht noch Jahre

«Unbestrittenermassen ist eine Gesamtrevision der MiGeL angezeigt», räumt auch Michaela Kozelka vom BAG ein. Konzeptarbeiten seien «initialisiert» worden, doch bis sich etwas bewegt, dürften «einige Jahre» vergehen. Das lässt Toni Bortoluzzi nicht gelten: «Es wäre jetzt Sache des neuen Departementschefs Alain Berset, hier Dampf zu machen.» Innerhalb des BAG müssten endlich Prioritäten gesetzt und Kräfte dort gebündelt werden, wo es nötig sei. «Es gibt in diesem Amt Abteilungen, die sich mit viel Unsinnigem beschäftigen. Das müsste man zumindest mal zur Seite schieben. Dann würden Ressourcen für die wichtigen Aufgaben frei.» ■